

Annoncen-Verkauf... Expedition dieser Zeitung... bei G. J. Arici & Co.

Pöfener Zeitung.

Annoncen-Verkauf... In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien...

Neunundachtzigster Jahrgang.

Ar. 311.

Donnerstag, 4. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitione oder deren Raum, Resten verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden...

1882.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. 57. Sitzung.

Berlin, 2. Mai. Am Ministertische v. Puttkamer, Bitter und Kommissarien.

Nachdem der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der in § 94 der Verordnungsordnung vom 14. März 1879 bezeichneten Fonds...

Abg. v. Benda: Für dieses Gesetz sind nur die, welche die Steuerreform des Kanzlers ganz und voll annehmen und einen Wechsel auf 180-190 Millionen zu unterzeichnen bereit sind. Die nationalliberale Partei sieht als eigentlichen Zielpunkt dieser Vorlage das Tabakmonopol...

mals besorgt haben, und wir, die Gegner derselben, sehen eigentlich mit einer gewissen Schadenfreude, wie Sie auf Grund des von Ihnen gemachten Gesetzes nun von der Regierung fortgesetzt beim Wort gehalten werden. Bei Ihnen haben sich die Beamten zu bedanken, daß sie noch warten müssen. Die Regierung hat sich bemüht die Fehler des Verwendungsgesetzes von 1879 zu corrigieren...

Abg. v. Benda (zur Geschäftsordnung): Ich habe ein Mißverständnis zu berichtigen. Ich persönlich habe gegen eine Kommissionsberatung nichts zu erinnern, habe aber keinen Antrag darauf gestellt. Meine Partei wird für Beratung im Plenum stimmen.

Abg. Richter: Herr v. Rauchhaupt hat sich für das Verwendungsgesetz einschreiben lassen; ich kann ihm aber versichern, daß ich, der ich gegen dasselbe eingeschrieben bin, ihm mit Wohlbehagen zugehört habe. Schneiden Sie die Ausfälle gegen uns, zu denen er sich nach seiner konservativen Gesinnung verpflichtet fühlte, heraus, so haben Sie eine vortreffliche Rede gegen das Verwendungsgesetz...

Finanzminister Bitter: Die letzte Ueberarbeitung des Entwurfs, die Ergänzung des statistischen Materials der Motive und die spätere

Einberufung des Landtags hat die Vorlegung dieses Gesetzes verzögert. Auch die Regierung ist am Ende ihrer Kräfte angelangt, auch wir haben keineswegs die ganze Zeit in Ruhe zugebracht, aber wir thun unsere Schuldigkeit doch und werden es thun, so lange es nötig ist. Welche Angriffe auch gegen uns oder gegen mich gerichtet werden möchten, die parlamentarischen Formen und Rücksichten werden wir niemals außer Acht lassen. Sollte das Haus sich auf eine Plenarberatung beschränken, so möge es nicht verlangen, daß die Regierung unvorberedt die erforderliche Auskunft giebt und das gewünschte statistische Material vorlegt. Dies ist nur in der Kommission möglich, auf die wir den größten Wert legen. In den Zielen der Steuerreform, die wir 1879 inaugurirt haben, halten wir fest. Durch die steigende Kulturentwicklung des Reichs und der Einzelstaaten sind auch die Schullasten gestiegen und damit die Ansprüche an die Staatskasse. In Folge dessen und da die Kommunalabgaben allen diesen Bedürfnissen folgen, sind auch die Kommunalsteuern, welche der Staatssteuer folgen, zu einer Höhe gelangt, die keineswegs fortbauern können, ohne das Gleichgewicht des Staats und der Kommunen auf's Allerempfindlichste zu stören. Der bisherige Steuererlaß hat den Druck der Kommunen nicht beseitigt, da die Kommunalsteuern in steigender Progression sich bewegen. Deshalb wäre es gut, wenn auch die Kommunen sich der indirekten Besteuerung zuwenden möchten, welche in einzelnen Städten, wie Breslau, Potsdam, Posen und Koblenz, bereits durchgeführt ist. Es ist zu bedauern, daß das Kommunalsteuergesetz, welches einen Paragraphen betr. dieser indirekten Steuer enthielt, nicht angenommen wurde. Wenn gefragt wird, womit das Bedürfnis dieses Verwendungsgesetzes gedeckt werden soll, so kann ich nicht verhehlen, daß die Regierung mit auf die Erträge des Tabaksmonopols gerechnet hat und rechnen mußte. Die Steuerreform im Reich steht mit der preussischen Reform in untrennbarer Verbindung. Wenn der Abg. v. Rauchhaupt gefragt hat, wie die Beamtengehälter bei der schwankenden Natur der Ueberweisungen sicher gestellt werden sollen, so verweise ich auf die Motive, wo ausdrücklich gesagt ist, daß die Erhöhung der Beamtengehälter nach einem feststehenden Normalplan erfolgen soll und daß sogar für die einzelnen Kategorien diejenige Summe genannt werden kann, die für diese in Aussicht genommen sind. Die Furcht, daß durch die Entlastung der Gemeinden von den Schullasten die Kommunal-schulen zu Staatsanstalten würden und der Gemeinde und Familie entfremdet würden, ist vollkommen unbegründet, ebenso auch die Besorgnis, daß nach Einführung des Tabaksmonopols Preußen seine Erträge aus der Tabakssteuer einbüßen würde. Ich bitte das Haus, das Gesetz in der Kommission durchzubringen.

Abg. v. Minnigerode: Bei der Rede des Abg. Richter habe ich beinahe das Gefühl gehabt, als ob derselbe auf unserer Seite Platz nehmen würde, freilich im letzten Augenblick lenkte er wieder ein. Wenn der Abg. v. Rauchhaupt auch eine Kritik ausgeübt hat an dem vorliegenden Gesetz, so beruhen doch die Konsequenzen, die Richter aus derselben hergeleitet, auf einem Mißverständnis. Es ist die Aufgabe erster Lesungen, etwaige Bedenken gegen eine Vorlage vorzubringen. Auch Abg. v. Rauchhaupt hat darum seine Hauptbedenken vorangedrückt und seine Rede war in dieser Beziehung eine oratorische Leistung. (Widerpruch links.) Ja, das beweist die Rede Richters, die keinen einzigen neuen Gedanken enthält. Sie (links) sind die Veranlassung zu dieser ganzen Gesetzesgebung, Sie haben im Reichstag die Bewilligung neuer Steuern abhängig gemacht von der Fiktion der Verwendungs-zwecke derselben in den Einzelstaaten. Um allen Zweifel zu heben, will ich hervorheben, daß meine Freunde in der Hauptsache auf dem Boden dieses Gesetzes stehen. Sie sind einverstanden mit der Richtung, die dasselbe verfolgt, und anerkennen die Bedürfnisse, auf deren Abstellung es gerichtet ist. Der Grundgedanke, der hier verfolgt wird, läßt sich nicht mehr verbunkeln. Mag seine Verwirklichung auch noch auf Jahre hinausgeschoben werden, kommen wir sie, denn hier liegen Mißstände vor, die nur auf dem Wege indirekter Steuern beseitigt werden können. Was nun die Klassensteuerreform betrifft, so meinte der Abgeordnete v. Benda, daß eine direkte Steuerform nach dieser Richtung auch in Preußen möglich sei ohne das Reich. In begrenzter Form ja, aber wollen wir weiter gehen und auch die Gewerbesteuer beseitigen, die mit so großen Schäden behaftet ist, so bezweifle ich, ob uns dies möglich sein wird ohne die Zuschüsse von Seiten des Reichs. Bezüglich der Volksschulen siehe ich ganz auf dem Standpunkt des Ministers. Ich kann nicht zugeben, daß durch dieses Gesetz die Volksschulen zu Staatschulen gemacht und die Interessen der Familie und der Kirche ganz in den Hintergrund geschoben werden. Handelt es sich doch nur um eine Zubuße, um eine Erleichterung der Kommunen durch den Staat, ein Gedanke, der in Preußen sehr nahe liegt, das nicht nur das Land der Solbaten, sondern auch der Schulen von jeher gewesen ist. Abg. v. Benda sagt: was soll das alles nutzen, die Lasten werden sich sogar steigern mit den steigenden Bedürfnissen.

Es handelt sich einfach darum, wie die Lasten besser verteilt werden können. Abg. v. Benda, dem v. Rauchhaupt zu meinem Bedauern in diesem Punkte beipflichtet, meint, daß man mit der Grund- und Gebäudesteuer ruhig noch warten könne. Ich sehe die Sache nicht so gemüthlich an. Für die Provinz Sachsen mit ihrem großartigen Industriebetrieb mag dies ja zutreffen, aber wo haben wir einen anderen Theil des Landes, der gleich stillsteht. Ich kann aus meinen Erfahrungen nicht konstatiren, daß baldige Abhilfe überall da dringend geboten ist, wo nicht ein großer Fabrikbetrieb besteht. Was nun die Frage der Beamtendotationen betrifft, so läßt sich allerdings darüber streiten, ob diese Position redaktionell in dieses Gesetz gehört. Allein sie berührt ein Moment, gegen das wir uns auf die Dauer nicht ablehnend verhalten können, nachdem die Gehälter der Justizbeamten bedeutend ausgebeffert sind. Ich will noch kurz bei dem Antrag Richter verweilen. Ich darf wohl aussprechen, daß er in seinem wesentlichen Theile nichts Neues enthält, nur Gedanken, die auch von uns vertreten sind. Er legt nur Zeugnis ab von dem agrarischen Zuge, der durchs Land geht. Auffallend ist freilich, daß auch der Antrag Richter basiert auf der schwankenden Ueberweisungsform, die der Abg. Richter so heftig angegriffen hat, und weiter, daß der Antrag nur von der Gebäudesteuer spricht, also nur ein Benefizium für die Städte schaffen will. Hier zeigt sich so recht, daß die Fortschrittspartei eine städtische Partei ist. (Sehr wahr! rechts.) Ich wiederhole, wir stehen durchaus auf dem Boden dieses Gesetzes und werden daher für eine kommissarische Beratung desselben stimmen. Eine solche kann recht gut den Plenar-sitzungen des Reichstags parallel gehen, und wir hoffen, daß in der Kommission die Bedürfnisse, die dieses Gesetz veranlaßt haben, so klar dargestellt werden, daß auch die jetzigen Gegner sich mit uns vereinigen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich meinstheils glaube, daß die Frage, welche hier vorliegt, so umfangreich und ernst ist, daß, wenn man sie wirklich gründlich lösen wollte, man einer außerordentlichen Session bedürftig wäre. Wir müßten uns das ganze Steuersystem des Landes im Verhältnis zum Reiche klar machen, bestimmt wissen, was wir beraten und was wir aufgeben wollen, vor allem, was für Pläne vorhanden sind in Beziehung auf die Reform, ehe wir solche kleinen Stücke, wie sie hier gefordert werden, ins Leben rufen. In Bezug auf die Schulen müßten wir erfahren, wie die Familie und Gemeinde gestellt sein soll gegenüber dem Staat im Allgemeinen. Eine solche Frage ließe sich aber ohne ein vollständiges Schuldotationsgesetz — das Mindeste, worauf wir bestehen müßten — gar nicht beantworten. Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß, wenn in solchem Maße Schullasten zu Staatslasten gemacht werden sollen, der Staat notwendig noch mehr wie jetzt zum alleinigen Herrn der Schule werden muß. Auf diesen Plan gehen wir nicht ein. Ebe wir nicht wissen, wie die Rechte der Eltern, Gemeinden und der Kirche gestellt sind, wollen wir auch dem Staat nicht überantworten, was dem Menschen am Theuersten ist. Daß der Staat Absichten, wie ich sie angedeutet, hat, ist mir unzweifelhaft. Die Tendenz der Zeit geht nach dieser Richtung. Wir sehen das in den benachbarten Staaten, und Preußen hat bereits

einige Stappen auf diesem Wege überschritten. Was die Gehälterfrage betrifft, so bin ich allerdings der Meinung, daß einzelne Kategorien der Verwaltung — so die Landräthe — der Gehaltsaufbesserung bedürfen. Vor allem ist es klar, daß die geringeren Klassen der Beamten besser gestellt werden müssen. Aber diese Frage kann doch nur geregelt werden durch ein besonderes Befoldungsgeß über beim Etat, wie das bisher geschehen. Auch darüber werden alle einverstanden sein, daß die Kommunen entlastet werden müssen, und wenn die Regierung eine derartige Tendenz verfolgt, so müssen wir dankbar anerkennen und unterstützen. Es ist aber die Frage, ob das so nebenher geschehen kann. Ich kann diese Frage nicht beantworten, ohne die Kommunalbesteuerung in den einzelnen Provinzen studirt zu haben. Ich kann also auch nicht sagen, wie es anfangen sei, da mir das Material fehlt. Aber es fällt mir auf, daß Niemand daran denkt, ob nicht auf anderen Gebieten zu sparen sei. Im Etat haben sie große Postitionen bewilligt, die wir sparsam hätten entbehren können. Ich will nicht, daß diese Diskussion ins Land hinausgeht, ohne daß nicht wenigstens eine Stimme die Nothwendigkeit einer Bescheidung des Etats betont hat. Nach der Auslassung der Regierung ist dies Verwendungsgesetz gemacht in der Voraussetzung, daß das Tabaksmonopol bewilligt wird. Ist das der Fall, so hätte man diese Vorlage erst einbringen sollen, wenn das Tabaksmonopol bewilligt ist. Ich liebe, wie der Reichsanwalt, die Politik der freien Hand, darum gehe ich auf Nichts ein, was ein Präjudiz für meine Erwägungen im Reichstag schaffen kann; darum bin ich auch gegen diese Vorlage, weil gesagt ist, daß sie ein solches Präjudiz herstellen soll. Man will hier eine Pandorabüchse hinhalten, die für Jeden Zuckerspläschen enthält und den Kindern Appetit erweckt. Wenn nun der Reichstag das Monopol nicht bewilligt, so sind die Kinder enttäuscht. Ich gieße die Büchse erst dann aus, wenn sie gefüllt ist, nicht wenn sie noch zu füllen ist. Sie wollen durch das Gesetz das Fell des Bären theilen und haben den Bären nicht. Ich höre, daß der Bär angebanden ist. In gewissem Sinne kann ich das zugeben. Aber der Anspruch hat eine doppelte Bedeutung, die ich nicht erörtern will. Wer bürgt uns auch dafür, daß das Programm, das in diesem Gesetz aufgestellt worden, erfüllt wird. Wir haben gesehen, mit welcher Leichtgläubigkeit Gesetzesparagraphe bei Seite geschoben sind, könnte dies nicht auch mit diesem Programm geschehen? Wir verstehen darum auch nicht, wie man Werth auf diese Vorlage legen kann. Trotzdem würde ich für eine kommissarische Beratung stimmen, wenn ich glaube, daß sich noch Gebeiliches erreichen ließe. Mit der größten Aufmerksamkeit habe ich zugehört, es haben alle Parteien gesprochen bis auf den Fortschritt, der noch nachkommt. Aber Herr Richter wird sich ähnlich äußern wie Herr Richter, wenn nicht alles täuscht, freilich leben wir jetzt in einer Zeit der Ueberraschungen. Was wollen wir denn in der Kommission. Sie sind alle gegen das Gesetz. Am günstigsten hat sich noch Herr v. Minnigerode über dasselbe ausgesprochen. Aber auch er ist nur mit dem Grundgedanken desselben einverstanden. Welcher derselbe ist, ist vollkommen unklar geblieben. Niemand kann ihn festhalten an seiner Rede, er hat nach allen Seiten einen Ausweg. Das ist sehr gefährlich, aber ich konstatire, daß auch er aus den Kommissionsberatungen nur ein Keim herausbringen würde. Der Minister hat uns für dieselben reichliches Material verprochen. Daran zweifle ich bei ihm am allerwenigsten, aber ich habe bereits im Eingang hervorgehoben, daß ohne Kenntnis des Steuersystems, der Schuldotation, der Beamtenkategorien und der Kommunalbesteuerung sich eine Entscheidung nicht treffen läßt. Es ist notwendig, daß Änderungen getroffen werden, aber nur auf dem Wege organischer Vorlagen und so, daß die einzelnen Gegenstände getrennt sind. Ueber dies alles kann in der Kommission nicht beraten werden. Von meinen Freunden sind übrigens auch nur einige geneigt, in eine solche Kommission einzutreten bei der jetzigen Geschäftslage. In anderen Fraktionen wird das nicht besser sein, und ist die Frage wirklich so wichtig, so mag sie in einer besonderen Session geregelt werden. Ich kann mich übrigens der Annahme nicht verschließen, als ob man mit dieser Vorlage nur auf die Deffentlichkeit einwirken wollte. Kommt das Monopol nicht, so sagt man: seht, da sind die bösen Menschen, die das Gute, was die Regierung wollte, vereitelt haben. Mit Rücksicht auf diesen möglichen Zweck der Vorlage, will ich, daß dieselbe hier in voller Deffentlichkeit beraten werde, und stimme deshalb für eine Beratung im Plenum.

Abg. v. Zedlitz: Nach der Beschaffenheit des Entwurfs wäre eine Detailberatung desselben im Plenum ausgeschlossen. Wenn Sie also eine sachliche Behandlung der Vorlage wollen, dann müssen Sie für eine Ueberweisung derselben an eine Kommission stimmen. Was die Ziele betrifft, die man mit dem zu verwendenden Gelde erreichen will, so stimme ich mit Herrn v. Rauchhaupt darin überein, daß es sich nicht empfehle, Bedürfnisse festzulegen, für welche uns die Mittel fehlen. Wir sind auch für eine organische Reform der direkten Steuern, aber es ist wahrscheinlich, daß wir zu diesem Zweck noch etwas mehr an Steuererlässen nötig haben werden. Bezüglich der Ueberweisung eines Theils, etwa der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen dürfte wohl leicht eine Verständigung unter allen Parteien des Hauses hergestellt werden. Durch die Uebernahme der Schullasten durch den Staat würde der Charakter der Schule keineswegs geändert werden. Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß wenigstens das Schulgeld beseitigt wird. Wenn wir etwa die Hälfte der zu verwendenden Summe zu diesem Zwecke verwenden, dann könnten wir wenigstens das Kopfschulgeld durch ein gradatim nach unten sich abstuftendes Schulgeld ersetzen. Darüber könnten wir uns wohl in der Kommission verständigen, da dies auch ohne das Tabaksmonopol erreichbar ist. Der zweite Theil des Entwurfs bestimmt, daß die Ueberlässe aus den Einnahmen des Reichs ohne Weiteres von Gesetzeswegen zu bestimmten Zwecken verwendet werden sollen. Ich erkenne an, daß das ein Beweis für die Loyalität der Regierung ist, mit der sie auch ihrerseits zur Erleichterung der Einzelstaaten beitragen will. Ich vertraue der Regierung, daß sie, wenn die Verwendungszwecke festgestellt und die Einnahmen im Reiche bewilligt sein werden, eine Verständigung zwischen den gesetzgebenden Faktoren zu erreichen bestrebt sein wird. Die jetzigen Forderungen sind doch nur akademischer Natur, über die sich überhaupt eine Uebereinstimmung erzielen läßt. In diesem Sinne bitte ich die Vorlage einer Kommission zu überweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Im vorigen Jahre war es die Rede des Reichsanwalters, die, obwohl formell für das Gesetz gehalten, doch materiell die Regierungsvorlage zerstückte, sie hat die neue Ausarbeitung zur Folge gehabt, und diese ist weiter nichts als die Formulirung seiner gegen das damalige Verwendungsgesetz gehaltenen Rede. Nun befinden wir uns nicht nur am Ende einer Session, sondern auch am Ende einer Legislaturperiode. Was nun die Majorität des neuen Hauses nach der einen oder anderen Seite ausfallen, sie wird dann wenig danach fragen, was das frühere Haus bei der Beratung zu dem Gesetz gesagt, sondern wird seinen eigenen Weg gehen. Daß die Regierung ein Interesse an der Beratung dieses Gesetzes hat, kann ich ja verstehen. Sie bildet sich ein, daß dieses Gesetz in dem großen Rahmen der Reform gewissermaßen die schöne, wohlthätige Seite, während das Tabaksmonopol die Belastung darstellt, und so möchte sie auch diese Seite parlamentarisch hervorgehoben sehen in dem Augenblick, wo im Reichstag die andere Seite hervortritt. Herr von Rauchhaupt hat selbst gesagt, daß diese Taktik überaus zweifelhaften Werth für die Regierung habe. Er hat gesagt, ihr mögt ja diejenigen, die in dem Verwendungsgesetz bedacht sind, loden, aber ihr stoßt um so mehr die zurück, die nicht bedacht sind, und diese werden sich also gegen die ganze Reform kehren. Das ist ein so fundamentaler Grund gegen das ganze Gesetz, daß es Herrn v. Minnigerode sehr schwer fallen muß, und er hat es gar nicht verstanden, das Gewicht dieses Grundes abzuschwächen. Es ist ein Fehler einen Verwendungsgesetz gesetzlich festzusetzen. Es wird in diesem Gesetz vorausgesetzt, daß das Reich 188 Millionen neuer Steuern bewilligt. Die Regierung hat aber bloß das Tabaksmonopol, welches nur 100 Millionen bringt.

Woher will man die übrigen 88 Millionen nehmen? Die 100 Millionen werden aber vom Reichstage nicht bewilligt werden. Herr v. Rauchhaupt hat es als eine Wohlthat hingestellt, daß die Armen nicht so hoch mit der Tabakssteuer belastet werden wie die Feichen. Es ist aber in der amtlichen Enquete-Kommission nachgewiesen, daß von den ganzen 257 bis 258 Millionen, welche Frankreich aus dem Monopol zieht, die feinen Sorten nur etwa 11 Millionen Einnahmen bringen. Was uns in der Monopolvorlage vorgeführt wird, beruht auf Phantasten der Straßburger Manufaktur, die mit ihrer eigenen Rechnung jetzt in die Brüche geht. Wenn aber die 188 Millionen wirklich bewilligt sind, wer sagt uns denn, daß das Geld hierher kommt. Das Garantiren nichts nutzen, haben wir beim Militärstatut erfahren. Es sind eben die Natifularbeiträge erhöht worden. Vom Reichstage wird jetzt ein Zuschuß von 25 Prozent zur Reichsunfallversicherung verlangt, unserer Beamtengehaltserhöhung wird eine solche im Reiche entprochen! Wir müssen erst wissen, wieviel das Reich vorweg für sich in Anspruch nimmt, damit nicht mit der rechten Hand und infolge des Verwendungsgesetzes Erträge an die Einzelstaaten gezahlt werden, während mit der linken Hand infolge der erhöhten Natifularbeiträge das Gegebene wieder genommen wird. Wenn wir nicht wissen, wie wir die erhöhten Natifularbeiträge bezahlen sollen, so müßten wir dies Gesetz aufheben. Hundert Millionen gehen doch tatsächlich jetzt schon ein durch neue Steuern und 20 Millionen haben wir davon und alle die Garantien haben auch hierbei mitgespielt. Wie kann man das „Zug um Zug“ nennen? Der Zug auf der einen Seite bedeutet 100 Millionen und der Zug der Entlastung nur 20 Millionen. Unter diesen Umständen ist es gar keine Wohlthat für die Betroffenen, daß sie mit ihrer Befoldungserhöhung in dies Verwendungsgesetz eingeschrieben sind. Eine viel sichere Antwort würde ihnen gegeben, wenn man sagte, wenn die Erträge unserer eigenen Staatsindustrie steigen, sollen eure Befoldungen erhöht werden. Entweder befehen sich unsere Verhältnisse im Allgemeinen in der nächsten Zeit, dann steigern sich alle Einnahmen, die unmittelbar daran sich anschließen im Reiche und den Einzelstaaten von selbst um Tausende von Millionen, oder es geschieht nicht, dann nützen uns auch neue Steuern nicht. Auf die Steuererleichterung lege ich großen Werth. Dieser Posten ist aber erledigt, es ist bloß die Aufhebung der Klassensteuern mit 14 oder 16 Millionen. Die Steuerzahler in Land nehmen das nicht besonders hoch auf, wenn ihnen gesagt wird, es wird den Kommunen überwiesen, die können auch dann entlasten, sie haben es viel lieber, wenn sie direkt entlastet werden. Von diesem Standpunkte aus haben wir auch die Anträge gestellt. Ich hatte kein großes Interesse, diese Anträge Hand in Hand mit einem solchen Todesandäthen durch das Haus gehen zu lassen, sie würden auch in diesem späten Stadium der Session zu einem praktischen Erfolge nicht mehr führen. Sie nehmen von einer neuen Reichssteuer ganz Abstand und weisen auf die bereits vorhandenen Einnahmequellen hin. Herr von Minnigerode sagte, wir hätten einen agrarischen Zug in dem Programm verrathen und wir wären eine städtische Partei. Weder das eine noch das andere; wir suchen Steuererleichterungen durchzusetzen, wo wir sie für gerechtfertigt erkennen, für das platte Land, für die Städte oder für beide zusammen. Wir haben für die Erhöhung der Schuldotation gestimmt, obgleich sie fast ausschließlich dem platten Lande zu Gute kam. Dasselbe traf auch bei den 9 Millionen Steuererlaß zu. Was das Schulprogramm betrifft, so hat man sich mit Unrecht auf mich bezogen. Ich habe in der damaligen Debatte auf die Rede des Reichsanwalters bemerkt, es hätte mir fern gelegen, das Schulwesen gänzlich von den Gemeinde- und Kommunalbeiträgen zu befreien. Es wäre mir besser, wenn man einmal Geld disponibel hätte zur Entlastung der untersten Klassen, man es besser zur Aufhebung des Schulgeldes verwenden möge als zur Aufhebung der untersten Klassensteuern. Ich habe dann ausdrücklich gesagt, daß, wenn der Staat die Schullasten trägt, das Interesse der Kommunen an den Schulen abnehmen und diese theurer, ohne besser werden würden. Ich wünsche auch nicht, daß man die Schulen nach Art der Soldaten uniformirt, disciplinirt und schablonist vor oben herab. Dies paßt für das Militär, aber nicht für das Schulwesen. Was das Verhältnis der Verminderung der Kommunalsteuern betrifft, so war es mir interessant, von Herrn v. Rauchhaupt zu hören, er halte dies für einen Tropfen auf den heißen Stein, das Land könne es noch länger aushalten. Herr v. Minnigerode wollte den Eindruck dieser Aeußerung freilich wieder verwischen. Die Herren von der Rechten sind also noch nicht einig darüber, ob das Land es noch länger aushalten könne. Gewisse Beschwerden in Bezug auf Stadt und Land liegen vor, aber auf diese Weise wird ihnen nicht abgeholfen werden. Hier weiß man, was von den Kommunen bezahlt werden soll, aber nicht was in die Kommunen wieder zurückfließen und ich fürchte, das wird immer sehr viel weniger sein. Die großen Städte zahlen an Kommunalsteuern 61 Millionen, also mehr als das ganze platte Land, und zurück bekommen sie bei der einen Nummer der Grund- und Gebäudesteuer 6 Mill., also 11 Pro. Die neuen Steuern werden doch von den großen Städten getragen. Wollen die einmal ihren Konsum sich verteuern lassen, so würde es doch viel näher liegen, es für die eigenen Steuerfächer zu thun, als die Gelber an das Reich abzuschicken. Die Frage, direkte oder indirekte Kommunalbesteuerung, kann man nur lösen, wenn man einzelne Steuerformen gegenüberstellt. Die Frage, ob man zu Gunsten der Besitzenden in den Kommunen die Nichtbesitzenden besteuern soll, ist im Verwendungsgesetz gar nicht mitinbegriffen. Alles was jetzt versprochen ist, wird weit überboten, durch das, was der Reichsanwalt in der Rede vom 3. März 1879 im Reichstage vor der Bewilligung der 140 Millionen versprochen hat. Da entwickelte er die Perspektive: Abschaffung der ganzen Klassensteuer, Verbot an die Kommunen, Klassensteuer zu erheben, Ueberweisung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer u. s. w. Man hat neue Steuern bewilligt, die 20 Millionen, die hier mühsam durchgedrückt sind, sind das einzige Resultat. Jetzt glaubt man gar nicht mehr an die Versprechungen, das ist der Grund, weshalb sich ein Wenich im Lande für das Verwendungsgesetz mehr interessiert. Herr v. Meyer hat ganz Recht, wenn er sagt, es hat eine Zeit gegeben, die sich durch eine Ueberproduktion von Gesetzen auszeichnete, den Gegensatz dazu bildet die jetzige Aera, in der man immer nur von neuen Steuern redet. Das Land wird immer überdrüssiger, mißtrauischer und abgeneigter der Politik, die Sie unter dem Namen der Reformpolitik einführen. Was die geschäftliche Behandlung der Sache betrifft, so ist mir die Form die liebste, die am kürzesten und schneidigsten dieses Gesetz ableitet. Es giebt ein Begräbniß erster und ein solches zweiter Klasse. Das Begräbniß erster Klasse ist die Kommission, ich gönne diesem Gesetz ein Begräbniß zweiter Klasse, nämlich Ablehnung unmittelbar im Plenum. Mit einer Vermittelung wäre ich auch einverstanden. Schlägen wir im Plenum dem Gesetz den Kopf ab im § 1 und verweisen wir den Schwanz zur Auf-erwahrung in eine Kommission. (Geisterzeit.) Ich möchte ferner die Sache so rasch und kurz wie möglich machen und deshalb möchte ich vorschlagen, die zweite Beratung am Donnerstag vorzunehmen. Wird dann das Gesetz abgelehnt, so glaube ich, werden auch manche Herren auf der rechten Seite im Stillen mehr erfreut sein, als sie es nach Außen vielleicht verlautbaren.

Finanzminister Bitter: Gegen diese Art und Weise, die Vorlagen der Regierung zu behandeln, muß ich doch Protest erheben; wir legen die Vorlagen als Männer vor, die ein ernstes Ziel vor Augen haben. Ich kann nicht glauben, daß es Absicht des Hauses sein sollte, den Vorlagen ein Ende mit Hohn und Spott zu bereiten. Dagegen muß sich die Regierung auf das Ernsteste verwahren. (Beifall rechts.) Wenn wir das Gesetz nicht vorgelegt hätten, hätte man uns im Reichstage dies zum Vorwurf gemacht; hier sagt man uns: Ihr habt ja das Geld noch nicht. Die Steuerreform im Reich und in Preußen ist aber ein untrennbares Ganzes. Wenn die Vorlage im Plenum beraten wird, dann kann sich die Regierung keinen besonderen Nutzen mehr davon versprechen, denn eine sorgfältige Erwägung ist nur in einer Kommission möglich. Deshalb möchte ich nochmals den dringenden Wunsch

ber Regierung aussprechen, diese Vorlage nicht im Plenum zu be-
rathen.

Damit schließt die Generaldebatte; die Verweisung der
Vorlage an eine Kommission wird — gegen die Stimmen
der Konserwativen und Freikonserwativen — abgelehnt; die zweite
Berathung wird im Plenum stattfinden.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung legt der Präsident
die Verathung der heute im Herrenhause abgeurtheilten kirchenpoli-
tischen Vorlage und die Hundesteuer.

Abg. Richter beantragt, auch die zweite Verathung des Ver-
wendungs-Gesetzes auf die nächste Tagesordnung zu legen.

Präsident v. Koller bemerkt, daß er für diesen Gegenstand am
Sonabend eine Sitzung in Aussicht genommen habe.

Abg. Richter bittet die Regierung um Auskunft, welche Vor-
lagen noch erledigt werden sollen, da doch ein Zusammentagen von
Reichstag und Landtag nicht möglich sei.

Minister von Puttkamer: Bisher ist ein Zusammentagen
von Landtag und Reichstag schon möglich gewesen; ob ein solcher
Zustand erwünscht oder auf die Dauer ausführbar ist, lasse ich dahin-
gestellt; ich will nur dagegen Verwahrung einlegen, daß dieses Haus
am Sonabend keine Sitzung halten könnte, wenn im Reichstage eine
Sitzung stattfinden sollte. Was die noch zu erledigenden Vorlagen
angeht, so wäre eine vollständige Durchberathung des Kanalprojekts
erwünscht; da es aber kaum ausführbar sein dürfte, so wünscht die
Regierung nur eine erste Verathung. Das Verwendungsgesetz scheint
ja leider die Aussicht zu haben „gefördert zu werden“, wie Herr
Richter's geschmackvoller Ausdruck lautet. Die hannoversche Kreis-
ordnung und die lauenburgische Vorlage, deren Aenderung im Sinne
der Regierung im Herrenhause herbeizuführen mein eifriges Bestreben
sein wird, sollen selbst auf die Gefahr eines Nebeneinandertagens hin
noch zur Erledigung kommen.

Abg. Richter: Da der Minister selbst das Verwendungsgesetz
als erledigt ansieht, so habe ich kein Interesse daran, die zweite Lesung
für Donnerstag zu beantragen. Damit ist es hoffentlich ganz beseitigt
(Widerpruch rechts). Das wird sich ja finden! Bei der jetzigen Sach-
lage können sie wirklich bei aller Ergebenheit gegen das Ministerium
auf die Verathung verzichten. Das Zusammentagen mit dem Reichs-
tage führt geradezu zu unwillkürlichen Zuständen. Wenn keine bestimmte
Aussicht auf einen Abschluß unserer Verathungen vorhanden ist, werden
die auswärtigen Mitglieder des Reichstages überhaupt nicht kommen.
Wenn die Vorlagen, die noch berathen werden sollen, so eilig sind,
dann hätte man lieber das Tabaksmonopol zu Hause lassen sollen,
das hat Niemand für eilig gehalten. Ich bitte auch die Hundesteuer
in der nächsten Sitzung nicht zu berathen, da sie doch nicht mehr er-
ledigt wird.

Minister v. Puttkamer: Wir vertreten hier die Interessen
des preussischen Staates und können in der Verfolgung dieser Inter-
essen nicht die Herbeiführung eines unwürdigen Zustandes erblicken.
Herr Richter macht sich das freilich sehr bequem; er hält eine nie-
derschmetternde Rede und sagt dann: Kopf ab. (Auf rechts: Sehr recht!
Große Heiterkeit.) Ich habe in liberalen Blättern gelesen, der Landtag
habe ja Alles durch seine Tagesordnung in der Hand. Ich möchte
dringend warnen, unser gegenseitiges Verhältnis hierauf zuzuspitzen;
das könnte zu ernstlichen Konsequenzen führen. Es ist ein verfassungsmäßiges
Recht des Königs den Landtag zu eröffnen und zu schließen,
dieses Haus hat nicht die Befugnis, durch Manipulationen mit der
Tagesordnung diesem Rechte entgegenzuwirken.

Abg. Richter: Ich möchte einmal sehen, was der Reichskanzler
sagt, wenn ein württembergischer oder ein bairischer Minister eine solche
Rede hielte; ja solcher Partikularismus ist ja unerhörte; das Deutsche
Reich besteht in gar nicht für ihn auf der Welt. Derselbe Monarch,
der uns hierher berufen, hat uns als deutscher Kaiser in den Reichs-
tag berufen; wir müssen also zwischen Preußen und dem Reiche eine
Bermittelung suchen. Der Minister handelt den Interessen des Reiches
zuwider. Für den Vorstaat Preußen ziemt sich ein solcher Partikularis-
mus nicht, ein solches reichsfeindliches Verhältnis (Große Heiterkeit)
könnte man sagen, wenn man so leichtfertig mit dem Vorwurf der
Reichsfeindlichkeit umgange, wie der Reichskanzler. Das Reichsinteresse
erheischt eine baldige Beendigung unserer Arbeiten. Will die Regierung
sich noch solcher Niederlagen holen, wie die heutige, wir haben
nichts dagegen; wir gönnen sie ihr. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: Die Krone hat allein das Recht, den Land-
tag zu schließen, allein wir können den Ministern Gründe vorzubringen,
wehalb es zweckmäßig ist, den Schluß herbeizuführen; die Minister
haben die Pflicht, diese Gründe anzuhören und sie dem Monarchen
mitzutheilen. Ich halte ein Zusammentagen für unerträglich; die
Sachen sind auch nicht so eilig.

Abg. Richter: Wir wollen nicht in die Rechte der Krone ein-
greifen; aber die Regelung der Geschäftsordnung ist nach der Ver-
fassung lediglich unsere Sache. Wenn die Minister vorhin uns dar-
über Vorhaltungen gemacht haben, so haben sie dies hoffentlich in
ihrer Eigenschaft als Mitglieder dieses Hauses gethan.

Minister von Puttkamer: Ich habe nicht als Abgeordneter,
sondern als Minister Wächter der Regierung in Bezug auf die ge-
schäftliche Behandlung ausgesprochen.

Damit endet die Geschäftsordnungsdebatte.
Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.
(Kirchenpolitische Vorlage, Hundesteuer.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Mai. [Das Monopolprojekt.
Die Gewerbeordnungs-Vorlage. Parteitag
der Liberalen.] Trotz der bekannten, unwidersprochen ge-
bliebenen Angabe über die Autorschaft der Berliner Briefe in
der Wiener „Polit. Korrespondenz“, wonach dieselben aus der
nämlichen hochfiziösen Feder wären, wie die Kometen-Artikel
der „Grenzboten“, ist von Sachkundigen immer bezweifelt wor-
den, daß diese Briefe — wie ebenso die Artikel mit dem Kometen-
Zeichen — wirklich aus einer tieferen Eingeweihtheit in die poli-
tischen Berechnungen des Reichskanzlers bezuhen; die Annahme
erschien vielmehr immer begründet, daß man es hier nur mit dem
Bestreben eines, immerhin in amtlicher Thätigkeit beschäftigten
Enthusiasten der Bismarck'schen Politik zu thun hat, jeden Zug
derselben in die höhere Sphäre geschichtsphilosophischer Betrach-
tungen zu erheben. Die neueste Leistung des Korrespondenten,
die Entdeckung, daß das Monopol-Projekt sowohl auf
nationalliberaler, als auf klerikaler Seite noch Chancen habe,
welche zur Annahme desselben führen könnten, steht mit
den Thatsachen so sehr im Widerspruch, daß jene Auffassung
von der Bedeutung — oder Bedeutungslosigkeit — der fraglichen
„hochfiziösen“ Leistungen dadurch nur bekräftigt werden kann.
Wenn für Herrn v. Bennigsen irgend etwas fest steht, so ist es,
daß er dem Tabaksmonopol nicht zustimmen wird, und damit ist
diese Frage auch für die gesammte nationalliberale Partei er-
ledigt. Was aber die Klerikalen betrifft, so gehört doch wirklich
große Naivität dazu, zu glauben, die parlamentarische Fraktion
würde zulassen, daß ihre Presse in allen Tonarten das Mo-
nopol als unannehmbar bekämpft und die Zustimmung dazu der
Fraktion also auf's Höchste erschwert, um dann sich doch zu dieser
Zustimmung zu entschließen. Ueber die kirchenpolitischen Ver-

handlungen mit der Kurie aber ist das Zentrum allzu gut unter-
richtet, als daß ein gesperrt gedruckter Satz in der „Polit.
Korresp.“, welcher in dieser Beziehung den Klerikalen neue
Hoffnungen zu erwecken bestimmt ist, auf sie Eindruck
machen könnte. Herr Windthorst hat dieser Tage wieder
in der Privatunterhaltung — wie es scheint, mit der
Absicht, daß es zur Kenntniß der Regierung kommen
möge — geäußert, das Zentrum könne ja vielleicht jedem seiner
Mitglieder die Abstimmung über das Monopol anheimstellen,
so daß das Votum dagegen nicht zur Fraktionsfrage gemacht
würde; das würde aber das höchste Zugeständnis sein, und es
würde keine erhebliche Anzahl klerikaler Stimmen auf Grund
desselben für das Monopol abgegeben werden. — Das Ergebnis
der Reichstags-Verhandlungen über den Entwurf wegen Abän-
derung der Gewerbeordnung, welche Freitag, bei der
Wiederaufnahme der Sitzungen, beginnen werden, ist zunächst
ungewiß und wird es auch bis zum Abschluß der Kommissions-
Verhandlungen bleiben. In dieselben wird betreffs der in Rede
stehenden Vorlage der Schwerpunkt der Verathung schon
deshalb fallen, weil sogar ein eingehendes Studium dazu
gehört, um nur zu erkennen, was der Entwurf bezweckt,
da derselbe durchweg nur einzelne Bestimmungen der Gewerbe-
ordnung durch andere zu ersetzen vorschlägt, wobei aber
in jedem einzelnen Falle die Konsequenzen dieser Veränderung
nur durch Vergleichung mit anderen Bestimmungen der geltenden
Gewerbeordnung ermittelt werden können, mit denen jene in
Zusammenhang steht. Der Ausgang der ganzen Verhandlung ist
um so weniger vorherzusehen, da die Majorität, welche die letzte
beschränkende Novelle zur Gewerbeordnung genehmigte, nicht mehr
existirt; die beiden konservativen Fraktionen und das Zentrum
besitzen bekanntlich nicht mehr die Majorität im Reichstag, und
die kleineren Fraktionen, welche gegenüber einer geschlossenen auf-
stretenden Linken die Entscheidung in Händen haben, die Polen,
Elsäß-Volbringer, Sozialdemokraten u. sind keine Freunde der
Erweiterung des polizeilichen Beliebens, auf welche der Entwurf
fast mit allen seinen Vorschlägen herauskommt. — In der Ver-
trauensmänner-Versammlung, welche die liberale Vereinig-
ung am den 6. d. M. aus ganz Deutschland hierher berufen
hat, dürfte der Hauptnachdruck auf die Anbahnung möglichst
einigen Zusammengehens aller Liberalen bei den Wahlen in den
einzelnen Wahlkreisen gelegt werden.

Locales und Provinzielles.

Posen, 4. Mai.

5 Für die russischen Juden. Das in der Versammlung am
23. v. M. gewählte Komite für die Unterstützung der verfolgten russischen
Juden hat sich am Montag konstituirte und einen aus den Herren
Oberbürgermeister Kohleis, Kommerzienrath Sam Jaffe, Direktor
A. Guttman, Kaufmann Ab. Rantowicz und Sekretär Fontane
bestehenden geschäftsführenden Ausschuss gewählt. Letzterer hatte zu
Mittwoch Vormittag 12 Uhr eine Anzahl von Herren aus den ver-
schiedenen Bezirken der Stadt zu einer Besprechung über die zu ver-
anstaltenden Sammlungen eingeladen und erklärten sich dieselben
bereit, die Einsammlung von Beiträgen zu übernehmen. Außer-
dem können auch Beiträge direkt an den Schatzmeister des
Komite's, Herrn Kommerzienrath Jaffe, eingeliefert werden.
Das Komite wird ferner Anschriften an ansehnliche Personen in den
Städten der Provinz erlassen, um auch dort zur Veranstaltung von
Geldsammlungen anzuregen. Wir hoffen, daß diejenigen Herren,
welche sich bei uns der mühevollen Aufgabe der Einsammlung von
Beiträgen unterzogen haben, bei unseren stets zur Wohlthätigkeit
geneigten Mitbürgern ein bereitwilliges Entgegenkommen finden werden.

Telegraphische Nachrichten.

Osnabrück, 3. Mai. Die Konsekration und Inthronisa-
tion des Bischofs Höting hat heute Mittag stattgefunden. Der
Oberpräsident, die Landdrosten von Osnabrück und Aurich, die
Spitzen der Behörden, sowie der Klerus von Osnabrück und die
Westfalen wohnten der Feier bei. Der Bischof Wilhelm von
Sildesheim, assistirt von dem Weihbischof Freusberg von Pader-
born und dem ehemaligen Armeebischof Namjanowsky, vollzog
die Weihe. Nach dem Festakt fand Gratulationsempfang bei
dem Bischof Höting statt. Abends veranstalteten die katholischen
Vereine und Körperschaften einen Fackelzug.

Karlsruhe, 2. Mai. Ihre königliche Hoheit die Groß-
herzogin ist gestern nach Baden-Baden zurückgekehrt. — Der Erb-
großherzog ist heute zur Theilnahme an den Beisetzungsfeierlich-
keiten für die verstorbene Prinzessin Wilhelm von Württemberg
nach Ludwigsburg abgereist.

Augsburg, 2. Mai. Die „Allgemeine Zig.“ sagt, die
bayerische Regierung habe gegen die Anschauung, daß das Mo-
nopol an und für sich die zweckmäßige Form der Tabak-
besteuerung sei, keine Einwendung erhoben, ihre ablehnende Hal-
tung basire auf Bedenken hinsichtlich der mit Durchführung des
Monopols verbundenen volkswirtschaftlichen Rückwirkungen und
in Bedenken darüber, ob die Monopolserträge genügen sein
würden, jene Nachteile auszugleichen.

Paffau, 2. Mai. Der Reichstagsabgeordnete, Oberlandes-
gerichtsrath Abt (Zentr.), ist gestorben.

Wien, 2. Mai. [Kingtheater-Prozess.] In
dem heute fortgesetzten Zeugenverhör wurden nur bereits be-
kannte Thatsachen konstatiert. Einzelne Beschädigte stellten An-
sprüche auf Schadenersatz. Der Theaterdiener Perks will eidlich
bezeugen, daß der Direktor Jauner am 7. Dezember v. J. die
Regie an Nötel übertragen habe.

Wien, 3. Mai. [Kingtheater-Prozess.] Di-
rektor Jauner verlas ein Telegramm des Inspizienten Schiffers,
jegt in Paris, in welchem derselbe konstatiert, daß die Regie
für den 8. Dezember v. J. an Nötel übertragen wurde. Die
Schauspielerin Marberg und der Schauspieler Wille deponiren
in gleichem Sinne.

Wien, 3. Mai. Das Abgeordnetenhaus lehnte den An-
trag auf gänzliche Ablehnung des Getreibe-zollses, eventuell auf
zollfreie Getreide-Einfuhr für die Karst- und Alpengebiete ab
und nahm nach dem Antrage der Ausschuss-Majorität die Zölle
für Getreide, Malz und Hülsenfrüchte an. Bei der Abstimmung

über die Anträge auf Gewährung zollfreier Einfuhr für gewisse
Ländergebiete wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag
Hallwich auf zollfreie Einfuhr von Getreide über die Grenzen
nach Tirol, Görz, Grabisca, Triest, dem Bezirk Adelsberg,
Dalmatien und Herzegowina mit 162 gegen 145 Stimmen aus-
genommen.

Best, 2. Mai. Nach dem „Pester Lloyd“ bestände die
Absicht, in den herzegowinischen Bezirken entlang der monte-
negrinischen Grenze die politisch-administrative Geschäftsführung
auch fernerhin den militärischen Stationskommandanten zu be-
lassen; diese auf die Dauer von etwa 3 Jahren bemessene Aus-
nahmemaßregel solle den Uebergang aus den unsicheren Verhält-
nissen zur bürgerlichen Verwaltung vorbereiten.

Brag, 2. Mai. In dem Teplitz-Aussiger Revier wird morgen
die Wiederaufnahme der Arbeit in größerem Umfange erwartet,
die Bergleute melden sich in größerer Zahl freiwillig zur Arbeit.
— Die Nachricht, daß in Oßeg auf das Militär der Geschosser
worden sei, bekräftigt sich nicht. Einem Korporal der Geschosser
ging zufällig ein Schuß aus dem Revolver los, ohne inbessen
irgend Jemand zu beschädigen. Drei Männer und drei Frauen,
welche bei dem Nelsonschacht auf die Truppen Steine warfen
und sie beschimpften, wurden verhaftet und dem Gerichte über-
geben. Im Uebrigen ist die Ruhe nirgends gestört worden.

Brag, 3. Mai. In Brüx ist Alles ruhig. Zwei Werke
arbeiten mit voller, 2 andere Werke mit reduzierter Arbeitskraft.
Die Erlanger'schen Werke in Tschansch haben die Arbeit noch
nicht wieder aufgenommen, doch dürfte der Strike in spätestens
drei Tagen beendet sein. Die Aussig-Teplitzer Bahn konnte
gestern bereits 215 Waggons verfrachten, seitdem mehrere Werke
des Teplitzer Reviers wieder mit voller Belegschaft arbeiten. Der
drohenden Strike der Münzberger'schen Spinnfabrik wurde durch
Bewilligung einer Arbeits-Berminderung beigelegt. Mehrere
Räufelührer sind verhaftet, mehrere Arbeiter wurden wegen
Mangel an Beschäftigung in ihre Heimath abgeschoben.

Brag, 3. Mai. Im Aussiger Bezirke wird bereits wieder
mit voller Kraft gearbeitet. Von Aussig aufwärts sind fast alle Ar-
beiter wieder eingefahren; im Franz-Josephschacht zählt man
nur noch 12 Strikende. Die beabsichtigte Arbeiterversammlung
bei Pihanken wurde durch die Behörde verhindert. Die Auf-
wiegler unter den Strikenden sind sämmtlich in Haft genommen
worden und ist die Ruhe überall ungestört geblieben, ein Kohlen-
mangel ist nirgends eingetreten. Die Glasindustrien in Saiba
hatten sich wegen Beschaffung von Kohlen an den Statthalter
Baron Kraus gewendet, welcher für eine Kohlenlieferung aus
anderen Revieren unverzüglich Sorge trug.

Graz, 3. Mai. Bei der heutigen Reichsrathswahl wurde
Baron Walterskirchen nahezu einstimmig wiedergewählt.

Paris, 2. Mai. Die Wahlen der Maires in den Haupt-
orten der Arrondissements und Kantons, welche bis jetzt von der
Regierung ernannt wurden, haben am letzten Sonntag stattgefunden.
Durch dieselben verlieren die Republikaner eine Anzahl Mairien,
wie es heißt gegen 300.

Die Deputirtenkammer hat ihre Arbeiten heute wieder auf-
genommen. Der Finanzminister Léon Say brachte die Finanz-
konvention mit der Orleans-Eisenbahngesellschaft betreffend die
Rückzahlung der Staatsvorschüsse ein. Der Justizminister legte
einen Gesetzentwurf vor, betreffend das Verbot unsittlicher Publi-
kationen.

Nachrichten aus Rom zufolge hat der König die Ernennung
Nigra's zum Botschafter in Paris sanktionirt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Durchschnitts-Marktpreise nach Ermittlung der k. Polizei-Direktion.
Posen, den 3. Mai.

Gegenstand.	gute W.		mittel W.		gering. W.		Mitte.	
	M.	Ps.	M.	Ps.	M.	Ps.	M.	Ps.
Weizen	höchster	—	—	—	—	—	—	—
	niedrigster	pro	—	—	—	—	—	—
Roggen	höchster	—	15	90	15	50	15	60
	niedrigster	100	—	—	15	30	—	—
Gerste	höchster	—	—	—	—	—	—	—
	niedrigster	—	—	—	—	—	—	—
Hafer	höchster	16	—	15	60	—	—	—
	niedrigster	15	80	15	30	—	—	15 68

Anderer Artikel.

	höchst.		niedr.		Mitte.			höchst.		niedr.		Mitte.	
	M.	Ps.	M.	Ps.	M.	Ps.		M.	Ps.	M.	Ps.	M.	Ps.
Stroh	—	—	—	—	—	—	Rindf. u. b.	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Richt.	—	—	—	—	—	—	Schweinef.	1	30	1	10	1	20
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Krumm.	—	—	—	—	—	—	Schafsch.	1	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Heu	—	—	—	—	—	—	Schafsch.	1	30	1	20	1	25
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Erbsen	—	—	—	—	—	—	Schafsch.	1	20	1	—	1	110
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Bohnen	—	—	—	—	—	—	Schafsch.	1	20	1	—	1	110
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Hartweizen	—	—	—	—	—	—	Butter	2	20	2	—	2	210
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
Hartweizen	—	—	—	—	—	—	Eier v. Schaf	2	—	—	—	2	—
	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—

Auktion.

Freitag den 5. Mai cr., Vormittags 9 Uhr, werde ich
Bäckerstraße Nr. 5 im Hofe part.
verschiedenes Mobiliar, 1 Fügel, Bilder (darunter ein großes
Muttergottesbild, Delgemälde), Porzellan und Glasgeschirr,
1 Wagen, 1 Pferd u.,
im Zwangswege gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigern.

Schoepe,
Gerichtsvollzieher in Posen.

Berein junger Kaufleute Posen.

Sonnabend, den 6. Mai 1882, Abends 8 Uhr,
im Lambert'schen Saale

Konzert

zu Gunsten der nothleidenden russischen Juden.
Billets hierzu werden Freitag den 5., Nachmittags von 3—5 Uhr,
in unserem Vereinslokale (Wasser- und Jesuitenstr. Ecke) gegen Vor-
zeigung der Mitgliedskarte verabfolgt.
Der Vorstand.

Produkten-Börse.

Berlin, 2. Mai. Wind: SW. Wetter: Bewölkt und warm. Für Getreide hat der heutige Markt wider Erwarten sehr wenig Veränderungen...

ab Bahn bezahlt, def. russischer - Markt ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 150-155 Mark ab Bahn bezahlt...

August-September - M. bezahlt, September-Oktober 55,0 bezahlt, Okt.-Nov. 55,2-55,1 bez., Gefündigt 5000 Ztr. Regulirungspreis...

Berlin, 2. Mai. Für die heutige Börse lagen wenig anregende Momente vor, und dies war auf die Geschäftsentwicklung um so entscheidender...

Ansichten in den letzten Tagen in soweit modifiziert, als man die Interessen der Aktionäre achtet. Dem gegenüber blicken die österreichischen Kreditaktien vernachlässigt...

ganz geschwunden zu sein. Kreditaktien und Industriepapiere verhielten sich sehr ruhig und haben eben so wenig die Industriepapiere keine Kursveränderungen erfahren...

Londs- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Preussische Fonds', 'Russische Fonds', and 'Deutsche Fonds'.

Table listing various bonds and stocks, continuing from the previous table. Includes entries like 'Holländische Fonds', 'Preussische Fonds', and 'Deutsche Fonds'.

Table listing various banks and financial institutions with columns for name, capital, and other details. Includes entries like 'Böhmische Bank', 'Deutsche Bank', and 'Königliche Bank'.

Table listing various banks and financial institutions, continuing from the previous table. Includes entries like 'Königliche Bank', 'Deutsche Bank', and 'Königliche Bank'.